

Resolution

der Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer am 25. April 2022

Der Ukraine-Krieg hat die Verwundbarkeit unserer gesamten Wirtschaft, besonders aufgrund umfangreicher Abhängigkeiten - mehr noch als die Corona-Pandemie - deutlich gemacht. Versorgungssicherheit im Sinne einer funktionierenden, wirtschaftlichen Landesverteidigung, besonders bei Lebens-, Futtermitteln und Energie ist keine Selbstverständlichkeit. Der Ausbau der Eigenversorgung und das Schließen von regionalen Kreisläufen bringen Stabilität in Krisenzeiten. Versorgungssicherung verlangt zwingend den Erhalt und, wo notwendig, den Ausbau der Produktionskapazitäten der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Die LK NÖ fordert daher:

Forderungen der LK NÖ zur GAP:

Die Rückmeldung der Europäischen Kommission zum eingereichten GAP-Strategieplan (observation letter) liegt vor. Der österreichische GAP-Strategieplan ist ausgewogen, nimmt auch auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie Biodiversität, Tierwohl oder Maßnahmen zum Klimaschutz bedacht und soll für die Betriebe eine berechenbare Grundlage des Wirtschaftens bieten. Im weiteren Verhandlungsprozess sind daher folgende Forderungen unumgänglich:

- Die Versorgungssicherung mit Lebens-, Futtermitteln und Energie und daher das Produktionspotential der Land- und Forstwirtschaft ist, so wie von der Kommission im Schreiben auch festgehalten, ein wesentliches Ziel. Ungeeignete Einschränkungen beim Pflanzenschutz oder praxisfremde Düngereduktionsmaßnahmen schwächen diese Zielsetzung. Es darf daher zu keinen weiteren Verschärfungen, vor allem in der Konditionalität, aber auch bei Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung, kommen. Die vorgeschlagenen Maßnahmenauflagen sind aus unserer Sicht ambitioniert, ausgewogen, gut begründet und dürfen nicht einseitig abgeändert werden.
- Biodiversität ist ein wichtiges Thema und wird zukünftig auch im freiwilligen Umweltprogramm ÖPUL entsprechend gewürdigt. Angesichts der aktuellen Lage (Ukraine-Krise) und möglicher Folgen bzgl. Versorgung ist es jedoch gerechtfertigt, die Bracheverpflichtung (4 %) im Rahmen des GLÖZ 8 neu zu überdenken und Flächen auch für die Produktion von zB Eiweißpflanzen zuzulassen.

Forderungen der LK NÖ zur Versorgungssicherung und Krisenstabilität

▪ Green Deal - Folgenabschätzung

Mit dem europäischen „Green Deal“ soll der „Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ geschaffen werden. Unter diesem Titel

sind zahlreiche Strategien und Initiativen enthalten, wie zB. die Farm to Fork Strategie, die Biodiversitätsstrategie, etc. Die darin enthaltenen Regulierungen und Reduktionsmaßnahmen gefährden jedoch die Versorgungssicherheit mit Lebens-, Futtermitteln und Rohstoffen für energetische und stoffliche Nutzung massiv, erhöhen die Importabhängigkeit und fügen in der vorliegenden Form dem gesamten Sektor einen wirtschaftlichen Schaden zu. Daher muss der Green Deal einer fundierten Folgenabschätzung unterzogen werden, welche die Eigenversorgung in den Mittelpunkt rückt.

- **Nitrat-Aktionsprogramm praxistauglich entwickeln**

Die anstehenden Änderungen bei der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung sind mit Augenmaß unter Bedachtnahme der Produktionssicherung durchzuführen und entsprechende Vorlaufzeiten bei Änderungen vorzusehen.

- **Betriebsmittel - Entlastungen**

In den vergangenen Monaten haben sich die Betriebsmittelpreise stark erhöht, was bei den Betrieben zu massiven Kostenbelastungen führt. In Österreich wird dies besonders bei Diesel merkbar, da in der Land- und Forstwirtschaft, im Unterschied zu anderen EU-Staaten, der Regelsteuersatz bei der Mineralölsteuer angewandt wird. Somit zählt der Dieselpreis für die österreichischen Land- und Forstwirte zu den höchsten in der EU. Es wird daher gefordert, dringend Entlastungsmaßnahmen in diesem Bereich zu erlassen und jedenfalls die Mineralölsteuer in der Land- und Forstwirtschaft auf das europäische Durchschnittsniveau abzusenken bzw. rückzuerstatten, um die enormen Preisanstiege abzufedern. Für besonders energieintensive Produktionen wie zB im Gartenbau und der Geflügelmast sind gesonderte Entlastungsmaßnahmen notwendig.

- **Tierschutz praxistauglich gestalten**

Bei den diskutierten Änderungen im Tierschutzgesetz und in der 1. Tierhaltungsverordnung sowie im Tiertransportgesetz ist mit entsprechendem Augenmaß vorzugehen, da weitere Verschärfungen der Tierschutzvorschriften in Österreich den aktuellen Marktrealitäten widersprechen. Sie führen am Ende zur Verdrängung österreichischer Familienbetriebe aus der Produktion und zum verstärkten Import von Lebensmitteln aus Ländern mit niedrigeren Standards. Dies verbessert weder das Tierwohl in Österreichs Ställen, noch ist dies im Sinne einer regionalen Versorgung der Konsumentinnen und Konsumenten.

- **Energieunabhängigkeit steigern – Erneuerbare Energiegewinnung ausbauen**

Die Forcierung Erneuerbarer Energieträger in und aus der Region, insbesondere Energie aus Biomasse (fest, flüssig, gasförmig) aus heimischer Land- und Forstwirtschaft, ist unverzichtbarer Bestandteil im Hinblick auf mehr Versorgungssicherheit im Energiebereich. Das Potenzial der Land- und Forstwirtschaft reicht dabei von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen, fester Biomasse und Biogas für Strom, Wärme und Biokraftstoffe bis hin zur kaskadischen Nutzung über Bioraffinerien mit zahlreichen wertvollen Koppelprodukten (thermoplastische Stärke, Dünger, Desinfektionsmittel, Eiweißfuttermittel, etc.).

Zur Nutzung des Potentials braucht es jedoch klare und stabile Rahmenbedingungen betreffend Planungs- und Investitionssicherheit. Die entsprechenden überfälligen Regelungen im Erneuerbaren Ausbaugesetz sind umgehend zu erlassen, um eine rasche Markteinführung und Forcierung der Erneuerbaren zu erreichen.

Die EU-Taxonomie-Verordnung ist in der vorliegenden Form strikt abzulehnen. Dadurch wird Kernenergie „grün“ eingefärbt und nachhaltige Holznutzung mit enormen bürokratischen Hürden versehen. Das kann nicht im Sinne der Klimapolitik sein.

- **Wasserzukunft Niederösterreich**

Die Landwirtschaftskammer NÖ begrüßt die Initiative Wasserzukunft des Landes NÖ und die darin festgehaltene strategische Bedeutung der Wasserversorgung für die Landwirtschaft. Es wird daher gefordert, dass auch zukünftig auf allen Ebenen (EU, Bund, Länder) kurz-, mittel- und langfristige Initiativen und Mittel sichergestellt werden, um die Wasserversorgung für die Landwirtschaft, vor allem im Lichte des Klimawandels, weiter auszubauen.

- **Strategische Notfallreserven zur Krisenvorsorge**

Es sollen Mechanismen zur strategischen Lagerhaltung entwickelt werden, um die Krisenresilienz zu stärken. Neben Notstandsreserven für Öl soll auch eine für Gas und Pellets verpflichtend vorgesehen werden.

Forderung der LK NÖ zu Fremdarbeitskräften und Arbeitgeberzusammenschlüssen:

Die Verfügbarkeit erforderlicher Arbeitskräfte beeinflusst die Produktion heimischer Lebensmittel.

Neben den Auswirkungen der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine sind die für bäuerliche Dienstgeber geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ein entscheidender Faktor im europäischen Wettbewerb um Arbeitskräfte.

Obwohl seitens der bäuerlichen Produzenten, vor allem durch eine maßgebliche Anhebung der geltenden Mindestlöhne, die dienstgeberseitig möglichen Anstrengungen geleistet werden, müssen sie nach wie vor mit wettbewerbsverzerrenden Benachteiligungen zurechtkommen.

Die Landwirtschaftskammer NÖ fordert daher nachdrücklich, die zugesagte Beseitigung von Nachteilen bei den Lohnnebenkosten vorzunehmen, sowie interessierten Arbeitskräften einen ausreichenden und unbürokratischen Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Weiters ist Augenmaß bei anstehenden Neuregelungen – etwa im Bereich der Unterbringung von Dienstnehmern – zu wahren und echte Fairness gegenüber anderen land- und forstwirtschaftlichen Produzenten im gemeinsamen europäischen Markt zu gewährleisten.

Forderung der LK NÖ zur Einheitswert-Hauptfeststellung:

Die Landwirtschaftskammer NÖ begrüßt die Hauptfeststellung der Einheitswerte für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen zum 1. Jänner 2023 und damit die Aktualisierung der Grundlage für die Berechnung diverser Abgaben.

Die Anpassungen bei den klimatischen Kriterien auf Basis eines Temperatur- und Niederschlagsindex sind dringend erforderlich. Änderungen bei den Zu- und Abschlägen für die Betriebsgröße sind hingegen entbehrlich, weil sich an den diesbezüglichen wirtschaftlichen Verhältnissen seit 1. Jänner 2014 nichts Wesentliches geändert hat, jedenfalls aber dürfen sich daraus keine Verschlechterungen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe ergeben.

Forderung der LK NÖ zur Herkunftskennzeichnung und öffentlichen Beschaffung:

Die Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln und die nachhaltige bäuerliche Qualitätslebensmittelproduktion braucht faire, transparente Bedingungen am Markt und kontrollierten Täuschungsschutz. Bundesminister Johannes Rauch wird aufgefordert, nunmehr endlich wirksame und rasche Schritte betreffend die verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung und bei verarbeiteten Lebensmitteln, so wie im Koalitions-

übereinkommen fixiert, umzusetzen, um österreichische Qualitätslebensmittel von oft unter wesentlich niedrigeren Produktionsstandards erzeugten importierten Lebensmitteln klar unterscheiden zu können. Bundesministerin Leonore Gewessler wird aufgefordert, den Aktionsplan für die Beschaffung nachhaltiger Produkte und Leistungen betreffend Lebensmittel ab sofort konsequent zu monitoren.

Die rasche Umsetzung dieser Forderungen würde sowohl die Versorgungssicherheit der heimischen Bevölkerung als auch unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe entscheidend stärken.